



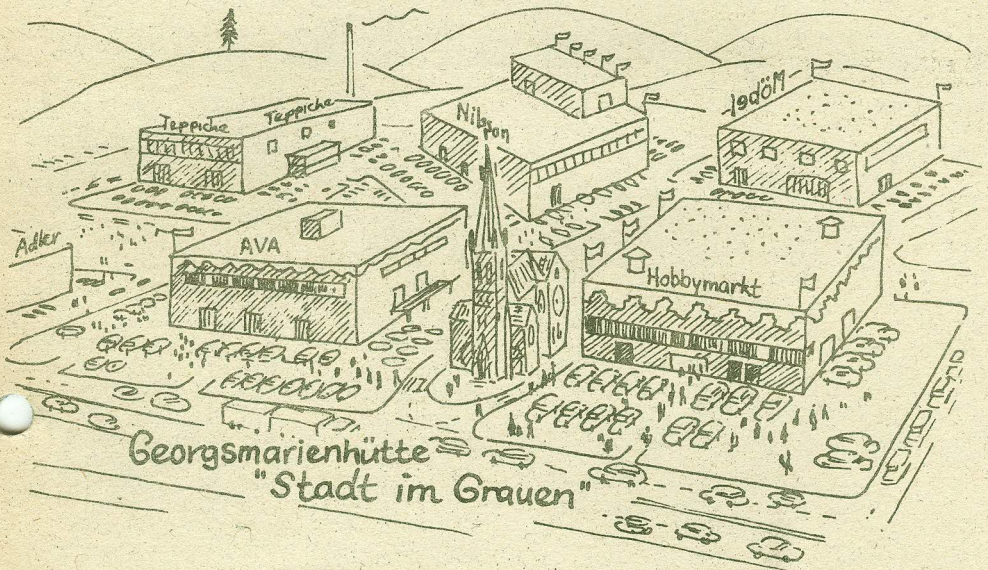
Nachrichten

Unabhängige
Wählergemeinschaft
Georgsmarienhütte

Nr. 9

April 1986

6. Jahrgang



Georgsmarienhütte
"Stadt im Grauen"

Liebe Bürger von Georgsmarienhütte !

Endlich sind die neuen UWG-Nachrichten da. Wir haben versucht, die vielen Themen so verständlich wie möglich darzustellen, was nicht immer einfach war. Für jeden wird aber etwas Interessantes dabei sein.

Die UWG "mußte leider" wieder viele Verwicklungen und Verbindungen der Rats- und Verwaltungsvertreter, die oft zu unverständlichen Entscheidungen geführt haben, aufzeigen.

KLÖCKNER: Chance zur Arbeitsplatzabsicherung vertan!

In der Dezember-Ratssitzung des vergangenen Jahres beschloß der Stadtrat den Ankauf großer Restflächen von den Klöckner-Werken. Der Erlös dieser und weiterer von Land und Kreis erworbenen Immobilien (etwa 70 Mio. DM) sollte zum Bau der Stranggießanlage beitragen.

Zunächst waren sich alle Fraktionen einig gewesen, daß dieses an sich uninteressante "Geschäft" nur getätigt werden dürfte, wenn in den Verträgen der dauerhafte Erhalt der Arbeitsplätze verbindlich abgesichert würde. Informierte Kreise sprachen sogar davon, dieser Vertrag werde noch "wasserdicht" sein als der Zuwendungsvertrag zum Stahlhilfeprogramm, der 1985 als

GEGEN RATSWILLEN: Neue Großmärkte nach Gmhütte gekungelt

Die grüne Wiese wird langsam grau

Einkaufsmärkte auf der "grünen Wiese" - überall ist hierüber derzeit zu lesen und zu hören. Gemeint sind riesige Selbstbedienungsgeschäfte mit über 1500 m² Fläche wie Marktkauf, Adler, Lagerkauf usw. Das riesige Warenangebot verbunden mit einigen Sonderangeboten lockt die Kunden von den traditionellen Einzelhandelsgeschäften weg. Je mehr Läden schließen, desto größer ist auch die Gefahr, daß dort Sexshops, Videotheken und Spielhallen einziehen.

Die Nahversorgung in den Stadtteilen gerät in Gefahr. Bürger ohne Auto müssen zeit- und geldaufwendige Busfahrten unternehmen, daß nötigste einzukaufen, wenn sie dazu überhaupt noch in der Lage sind.

Für den wegen der längeren Strecken zunehmenden Verkehr müssen breitere Straßen gebaut, für große Parkplätze Boden betoniert und mit häßlichen Hallen die Landschaft verunstaltet werden. Der Wert der neu geschaffenen zu meist 400 DM-Arbeitsplätze (kaum Platz

wesentliches Faustpfand zum einstweiligen Erhalt der Hütte beigetragen hatte. Aus den Absichtserklärungen wurde aber nichts: Die Grundstücksverträge enthalten hierzu keinerlei Abmachungen! Nicht einmal ein Rückforderungsrecht für Eventualfälle wurde vereinbart! Ist das die Lehre aus den 84/85'er Geschehnissen? CDU/SPD mißachteten hier in unverantwortlichster Weise die langfristigen Interessen der Werksangehörigen! - Ironie des Schicksals (?) - einem anschließenden NOZ-Kommentar auf Redakteur Kruse der UWG, die die Verträge wegen Nichtabsicherung der Arbeitsplätze abgelehnt hatte, Neinsagelei und mangelnde Bereitschaft zum Arbeitsplatzzerhalt vor. Verstehe, wer kann!

für Lehrstellen) wird schnell durch die Arbeitslosenzahlen aus den kleinen und mittleren Geschäften überholt. Dies alles ist ein teurer Preis für die sogenannten billigen Einkaufsmöglichkeiten.

Die UWG ist der Auffassung, daß es mittlerweile mehr als ausreichend Verkaufsflächen in Gmhütte gibt und wird sich gegen weitere Großmärkte sowohl in zentralen Lagen als auch in Außenlagen einsetzen.

CDU-POLITIK: Große fördern - Kleine vernachlässigen

Das Sterben der kleinen Läden ist bundesweit wie auch in Gmhütte unübersehbar. Die ständig weiter vordringenden Supermärkte zwingen im Jahre 1984 ca. 3000 Einzelhändler zum Aufgeben.

Nach dem Einbruch des 2700 m² großen Bekleidungsmarktes Adler hat nun auch Marktkauf eine Genehmigung für einen 5800 m² Elektro- und einen 8500 m² Hobbymarkt erhalten. Der just gegenüberliegende Hagebaumarkt will von 1500 auf ca. 4000 m² erweitern

und in den Möllerschen Lagerraum neben Weghaus soll ein 2000 m² großer Heimtextilmarkt. Außerdem errichtet die Fa. Draba derzeit direkt neben SB-Lagerkauf einen etwa gleichgroßen Möbelmarkt. Und wer wird in die 3000 m² vom jetzigen Draba einziehen? Außerdem: Was mag geschehen, wenn SB-

Welche Folgen für den einfachen Verbraucher denkbar sind, versucht Andre Tiemeyer in einer GESCHICHTE aus dem Jahre 1990 auszumalen:

Frau Meyer, 60 Jahre, kein Führerschein, steht an einem Montag um 9 Uhr der Bushaltestelle Tannenkauf und wartet mit dem Bus nach Oesede. Sie geht zur Post und besorgt sich einige Briefmarken. Zurück zur Bushaltestelle und um 10,30 Uhr per Bus zum Harderberg. Hier begibt sie sich zum Hobbymarkt und kauft Bindfaden für ein Paket. Nach längerem Warten kann sie um 11,30 Uhr zurück nach Oesede fahren. Nach einer weiteren halben Stunde bringt sie ein anderer Bus zum Tannenkauf. Ankunft 12,15 Uhr. Am Dienstagmorgen steht Frau Meyer wieder um 9,00 Uhr an der Bushaltestelle

Großmärkte: Daten, Fakten, Ungereimtheiten und Versäumnisse

Januar/Februar 1985:

Anfrage der Firma Adler an den Gmhüfter Stadtrat, ob eine Ansiedlung Adlers in Harderberg befürwortet wird. Adler verspricht bei einem "Nein" sich nicht anzusiedeln.

11.3.1985:

Ausschuß für Planung und Wirtschaftsförderung (APW) befaßt sich mit der Anpassung der Bebauungspläne der Industriegebiete Harderberg + Osterheide an die Baunutzungsverordnung (BNVO) von 1977.

13.3.1985:

Stadtrat setzt die Anpassung der Bebauungspläne von der Tagesordnung ab. In nichtöffentlicher Sitzung wird die Ansiedlung der Fa. Adler in Gmhütte mit 20 Stimmen abgelehnt.

18.3.1985:

Gespräch zwischen Siepelmeier, Rolfes

und Herrn Dr. Karches (Fa. Adler) im Büro des Maklers und Möbelkreisbesitzers Werrelmann.

27.3.1985: Eröffnung des Adler-Bekleidungsmarktes im ehemaligen Möbelkreis in Harderberg.

29.3.1985: Landkreis verfügt Stilllegung des Adler-Marktes.

1.4.1985: Adler legt erfolgreich Widerspruch beim Verwaltungsgericht ein.

22.4.1985: APW behält sich Ansiedlungsentscheidung über einen Bauantrag für einen Heimtextilmarkt auf Möller-Gelände selbst vor. Verwaltung gibt jedoch eigenmächtig Antrag mit positiver Stellungnahme an den Kreis weiter.

Da jedoch den Bebauungsplänen der Industriegebiete Harderberg + Osterheide noch die alten Bestimmungen zugrundeliegen, konnten die Bauanträge der Großmärkte vom Kreis (Baubehörde) genehmigt werden.

In Bebauungsplangebiet, aufgestellt nach der alten Baunutzungsverordnung (BNVO) von 1968, können großflächige Einzelhandelsmärkte (über 1500 m²) in Industrie- und Gewerbegebieten angesiedelt werden.

Nach der neuen Fassung von 1977 ist dies nur noch in Kern- oder Sondergebieten möglich.

Rechtliches...

23.5.1985:
APW beschließt Anpassung der Bebauungspläne an die BNVO von 1977.
28.6.1985:
Stadtdirektor setzt die Anpassung nicht auf die Tagesordnung der Ratssitzung. Antrag der UWG, die Tagesordnung um diesen Punkt zu ergänzen, wird von Rolfes nicht an den Rat übersandt.
16.7.1985:
Ratssitzung: Antrag der UWG, die Anpassung als dringliche Sache im Rat zu behandeln, wird von CDU + SPD abgelehnt.
21.8.1985:
APW spricht sich mit 7 : 1 gegen die Bauanträge für einen Hobby/Gartenmarkt sowie einen Elektrofachmarkt der Allgemeinen Handelsgesellschaft der Verbraucher AG (AVA ist Eigentümer von Marktkauf und DIXI.) aus. Trotz Mitwirkungsverbot nimmt Stadtdirektor Rolfes (im AVA/DIXI-Aufsichtsrat Mitglied) an der Sitzung teil.
12.9.1985:
Verwaltung leitet die Ablehnung in abgeschwächter Form an den Kreis weiter.
18.9.1985:
An diesem Tage sollte eine Ratssondersitzung stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt liegen drei Bauanträge für Großmärkte vor. Die UWG hatte wiederum beantragt, die Anpassung zu beschließen. Die Sitzung wurde dann von Siepelmeyer und Rolfes abgesagt.
9.10.1985:
SPD beantragt Ratssondersitzung.
9.10.1985:
Der Landkreis erteilt AVA Baugenehmigung für beide Großmärkte.
21.10.1985:
Stadtrat beschließt mit 20 : 17 die Anpassung der Bebauungspläne. Eine Veränderungssperre (zweijährige Baugenehmigungssperre für Handelsbetriebe) wird nicht beschlossen. Weiter wird ein Einspruch gegen die AVA-Baugenehmigung verabschiedet. Siepelmeyer in dieser Sitzung: Ein Einspruch wäre nur gerechtfertigt, wenn man bereits im Frühjahr die Anpassung durchgeführt hätte.
26.10.1985:
Pressemitteilung des Kreises: Nur Ver-

änderungssperre hätte Baugenehmigung verhindern können.
18.11.1985:
APW berät Veränderungssperre für Bauanträge der Industriegebiete Harderberg + Osterheide. Baugesuch für den Heimtextilmarkt wird abgelehnt.
15.1.1986:
Stadt verliert Klage beim Verwaltungsgericht gegen die Baugenehmigung des Landkreises für die AVA-Großmärkte.
29.1.1986:
VA diskutiert Beschwerde gegen das Urteil. Nur UWG argumentiert für eine Beschwerde.
5.2.1986:
VA lehnt Beschwerde durch Patt 5 : 5 ab. Pläne für neue Großmarkterweiterungen von über 10.000 m² werden bekannt...
17.3.1986:
Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Rolfes wird vom Rat bei Gegenstimmen der UWG abgelehnt.

■ Ein Patzer und ein Anruf

Wegen eines höchst bedauerlichen Mißverständnisses in der Sitzungsververtretung war kein UWG-Vertreter bei der VA-Sitzung am 5.2., in der die Beschwerde gegen das Urteil über die Ansiedlung der AVA-Märkte durch ein Patt von 5 : 5 abgelehnt wurde. Wenn auch die Aussichten einer Beschwerde nicht besonders gut gestanden haben, so ist dieser schlimme Patzer für die UWG doch sehr beschämend, hat sie doch an vorderster Front gegen die Großmärkte gekämpft.
Am 6.2. erhielt der Unterzeichner von BM.Siepelmeyer ein Telefonat, dessen Inhalt hier unkommentiert wiedergegeben werden soll:
Nach der VA-Sitzung hätten ihm unabhängig voneinander 3 VA-Mitglieder, die für die Beschwerde gegen das Urteil gestimmt hätten, erklärt, sie hätten sich enthalten, "wenn Bartelt dagewesen wäre". Ferner habe sich "ein maßgebliches Mitglied der SPD" im vergangenen Herbst mit dem Hinweis auf ein baldiges öffentliches Auftreten seiner Partei gegen die Großmärkte in

Gmhütte beim Kreis auf eine schnelle Baugenehmigung pro AVA gedrungen. Der erste Teil der Aussage bestätigte sich im VA am 26.2.- aber nicht nur das: Bei Gegenstimme der UWG wurde beschlossen, das Widerspruchsverfahren in der Hauptsache (nur das Eilverfahren war verloren) erst einmal ruhen zu lassen...
Heinrich Bartelt

■ Möller: Arbeitsplatzsicherung durch Arbeitsplatzgefährdung

Es stellt sich die Frage, warum die Firma Carl Möller überhaupt Grundstücke für Großmärkte verkaufte. Ist es nicht mehr als unglaubwürdig, wenn der ehemalige Osnabr. CDU-Oberbürgermeister die Großmärkte ansiedelt, die seine Partei bis auf's Messer bekämpfte? Sicher, er versuchte alles zu tun, um seine existenzbedrohte Firma und deren Arbeitsplätze zu erhalten. Dadurch gefährdet er aber eine unübersehbare Anzahl Arbeitsplätze in vielen kleinen Einzelhandelsgeschäften des Südkreises.

Und warum unterstützte der Landkreis durch seine Baugenehmigung im Eilverfahren (alle erforderlichen Papiere hatten noch nicht einmal vorgelegen) das Vordringen der Großmärkte? Etwa wegen eines Kurzschlusses Möller-Siepelmeyer-Tegeler? Oder weil auch der Landrat auf seinem benachbarten Industriegrundstück einen Handelsbetrieb gründen will? Sicher natürlich auch deswegen, weil Möller Kreditnehmer der Kreissparkasse ist, und Landräte und als "politische Führung" der Kasse so den Rückfluß der Mittel erleichtert sehen ...
Eine Sicherung der möllerschen Arbeitsplätze hätte auch dadurch erreicht werden können, daß die Stadt wie auch in anderen Fällen selbst das Gelände aufgekauft und an gewerbliche Unternehmen weiterveräußert hätte. Dieses wäre prozentual bei weitem nicht so teuer geworden wie einige andere Betriebsansiedlungen in jüngster Zeit, wo städtische Zuschüsse von über 20.000 DM pro geschaffenem Arbeitsplatz vergeben wurden oder für 600.000 DM Gelände angekauft wurde, das für

keinen konkreten Zweck gebraucht wird. Der knappe Boden z. B. in der Osterheide ist zu wertvoll, um ihn an arbeitsplatzgefährdende Großmärkte zu verschwenden. Wenn dann wirklich einmal arbeitsplatzintensive neue Betriebe an einem Grundstück in Gmhütte interessiert sind, ist nichts mehr da und weitere kostbare Natur muß dann zu früh angegriffen werden.

■ Großmärkte: Schlußsatz ...

Die gesamten Ereignisse zwischen Adler und AVA entwerfen ein übles Bild der realen Demokratie in Gmhütte: Kungeln, Taktieren, Filz und Rechtsstrapazieren haben dafür gesorgt, daß mehrheitlich und gültig gefaßte Ratsbeschlüsse unterlaufen werden konnten. Der Gmhütter Einzelhandel samt Mitarbeitern und Kunden wird sich fragen, wer ihre Interessen noch vertritt.

Ehrenmänner unter sich

Mit Kungelei und Wortbruch kam die Fa. Adler nach Gmhütte. Entscheidend an diesem Coup beteiligt waren Bürgermeister Siepelmeyer, Stadtdirektor Rolfes und Immobilienmakler Werrelmann (siehe letzte UWG-Nachrichten). Letzterer Herr gab ein aussagekräftiges Beispiel seines Demokratieverständnisses, als er nach dem Ratsentscheid gegen seinen Mieter Adler den Sitz seines gewerbesteuerintensiven Geschäftes kurzerhand nach Osnabrück verlegte. Zuvor war er schon durch rechtswidrige Praktiken an seinem Grundstück in Harderberg aufgefallen und hatte diese sogar im nachhinein von einer knappen Mehrheit genehmigt bekommen (eine Hand wäscht die andere). Als die UWG im Rat am 16.7.85 das Vorgehen von Adler/Werrelmann verurteilen lassen wollte, glänzte CDU-Kandidat Tegeler durch eine "Ehreneklärung" für Herrn Werrelmann. In das sel-

be Horn stieß Supermarkt - Inhaber Gartmann-Dütmann und verschaffte in ausfallendstem Ton seiner Erregung Luft darüber, daß die UWG dieses Thema erneut aufgegriffen hatte.

Heinrich Bartelt

■ Kungelei Esch-Ost

Umstrittenstes Gmhütter Baugebiet neben dem Teckelhagen sind die Flächen des CDU-Rats Herrn Gartmann-Dütmann östlich des Eschweges. Noch vor der letzten Kommunalwahl hatte es geheißt, an eine Bebauung über den Eschweg hinaus Richtung Kloster Oesede sei nicht gedacht. Dabei waren schon damals feste Absprachen getroffen:

Zur Finanzierung seines Supermarktes in Kloster Oesede hatte Bauherr Gartmann von der Stadt Baugelände am Eschweg zugesagt bekommen. Da der Verkauf der Baugrundstücke aber erst nach Genehmigung des Bebauungsplanes Esch rechtmäßig hätte erfolgen können, wurde diese Hürde durch Einschaltung des Immobilienmaklers Werrelmann übersprungen, dessen Gelder Gartmanns Supermarktbau erleichterten.

In Bedrängnis kam das ganze Geschäft, als der Plan nach unverhofften Protesten der Bauern, der Firma Wiemann wie auch der UWG (die SPD schwieg) vorerst nicht zu realisieren war und Werros die Mittel zurückforderte.

Da die Stadt aber bei Gartmann im Wort ist, wurde vor kurzem ein Lärmgutachten in Auftrag gegeben, um die Bebauung doch noch durchzusetzen.

Heinrich Bartelt

■ Siepelmeyer greift Rat und CDU an - CDU schweigt zum Krach in der Fraktion

Mit einer fast ungläublichen Abqualifizierung des Gmhütter Stadtrates und einem Blattschub gegen die eigene CDU-Fraktion brachte sich der Bürgermeister am 3.12. durch ein NOZ-Interview in Erinnerung.

Hatte er das Prädikat "Neinsager" bis-

her nur für die UWG reserviert, erweitert er es nun, da ihm wesentliche Teile seiner Fraktion die Gefolgschaft versagen, auf die Ratsmehrheit. Er beklagt, daß seine Fraktion nicht mehr mitzieht und daß sich die CDU "sehr, sehr zum Nachteil entwickelt" habe.

Und das eigentlich überraschende: Die CDU-Fraktion unter Hans Tegeler läßt die öffentliche Beschämung sogar unbeantwortet stehen!

Ludwig Siepelmeyer beklagt hier, daß ihm nicht mehr wie früher der uneingeschränkte Beifall aller zuteil wird. Denn bis zum Auftreten der UWG hatte er ja im sicheren Bewußtsein seiner Außenwirkung mit einer gekonnten Mischung aus Sachanliegen, Eigeninteressen, Schnoddrigkeit und Vorschriften mißachtung dem Rat fast jede Sache aufschwätzen können.

Nun, da einige seiner Fraktionskinder auch öffentlich einen eigenen Standpunkt vertreten und den autoritären Vater bremsen wollen, ist seine Enttäuschung über die zerplatzten Illusionen umso größer ("Resignation").

Es stellt sich die Frage, ob es nicht besser ist, rechtzeitig Meinungsverschiedenheiten zuzulassen, dabei gemeinsam zu lernen und sich zu ändern, statt jeden Konflikt als Machtkampf anzusehen, jede noch so sachlich formulierte Kritik als "Dreck werfen" gegen die eigene Person.

Impressum:

UWG Nachrichten
Informationsblatt der
Unabhängigen Wählergemeinschaft
Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:
Wolfgang Springmeier
Brunnenstraße 3
4504 Georgsmarienhütte

Auflage: 10.000

*"Wenn eine Torte schmilzt, fallen die Kir-
schen 'runter ..."*
(Ein Bürger zur Lage der CDU in Gmhütte)

■ Grüne Tonne

Im Dezember beschloß der Kreistag, daß ab Januar 1987 alle Südkreis-Haushalte eine zweite (grüne) Mülltonne erhalten werden und dorthinein ihre wiederverwertbaren Abfälle (Papier, Glas, Metall) zu geben haben, während die graue Tonne für den Restmüll bleibt. Wenige Wochen zuvor hatte der Gmhütter Umweltausschuß einstimmig ein anderes System empfohlen: Da mit dem ersten System max. 25% Altstoffe recyclet werden könnten, sollten nur biologische NaBabfälle (ca. 50%) in die grüne Tonne und dann zu verkäuflichem Kompost verarbeitet werden, wobei sonstige Abfälle von den Bürgern weiterhin in die dafür vorbestimmten Container zu bringen seien.

Mehrere süddeutsche Kommunen gehen mittlerweile von dem Kreiskonzept "Wertstofftonne" ab zugunsten des Gmhütter Vorschlags "Biotonne".

In Oldenburg gar wurden viele grüne Tonnen aus Protest beim Fundamt abgegeben. Fragt sich nur, warum sich die Kreis-CDU entgegen dem Ratschlag ihrer Gmhütter Kollegen für das ökologisch rückständigere Konzept entschied.

*Seit dem Paradies hat der Mensch ein
gestörtes Verhältnis zu Bäumen...*

■ Naturschutz durch Landschaftsplan

Zu einem Meilenstein in der Gmhütter Umweltpolitik dürfte der in Auftrag gegebene Landschaftsplan werden, wenn damit verbundenen Chancen genutzt werden. In Voruntersuchungen sollen sämtliche Landschaftsbestandteile im Stadtgebiet aufgenommen und anschließend Aussagen über deren weiteren Schutz getroffen werden. Wenn diese in die Bauleitplanung übernommen bzw. Schutzmaßnahmen nach dem Naturschutzgesetz durchgeführt werden, besteht auch rechtlich verbindlicher Schutz.

Der Plan wurde auf Vorschlag der UWG vom Rat einstimmig (!) beschlossen.

■ Autobahn 33 und Radwege

Drei Todesopfer hat mittlerweile die A 33 in Gmhütte gefordert! Mittlerweile sprechen sich schon die NRW-Kommunen bis Bielefeld gegen den Weiterbau dieser unsinniger Straße aus. Würde ein neuer nds. Ministerpräsident Schröder ebenfalls zum Umdenken bereit sein?

Mit Lebensgefahren ist es derzeit auch für Radfahrer verbunden, die B 68 an der Einmündung A 33 zu passieren. Wiederholte Eingaben der UWG haben dazu beigetragen, daß nun von der Brüsseler Str. an ein getrennter Rad-/Fußweg an der 68 entlang geführt wird.

Die Anregung der UWG-NACHRICHTEN zur Verlängerung des neuen Radweges Niemann-Schowwe bis zur Bushaltestelle wurde von der Stadtverwaltung übrigens prompt aufgegriffen - danke!

■ Neuer Verkehr für Malbergen ?

In Malbergen gab es im vergangenen Jahr ein starkes Engagement für eine stärkere Entlastung des Ortskerns von Verkehrsgefahren. Als Konsequenz wurde der Radweg in Angriff genommen, das Tempolimit auf der Masch gesenkt, eine Spiegel an der Schule installiert und eine Verlegung der Autobahnbedarfsumgebung in Aussicht gestellt. Doch was wird das alles genützt haben, wenn die neuen Großmärkte, Schlachthof usw. ihren Verkehr nicht wie eigentlich erforderlich über die B51 abwickeln ?

■ Gefällte Bäume ersetzen

Im Bereich des Waldes zwischen Rotdornstraße und Kiewittsheide wurden im Winter '84-85 mehrere Hochbäume gefällt, die nach Auskunft der Stadtverwaltung "gefährdet" gewesen sein sollten. Wenn dies der Hauptgrund war, stellt sich die Frage, warum nicht Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden. Auch in anderen Wohngebieten wurden in den vergangenen Jahren aus ähnlichen Gründen wiederholt schöne alte Bäume beseitigt. Die UWG fordert in solchen Fällen Ersatzpflanzungen mindestens in gleicher Zahl an entsprechender Stelle.

Neuer Radweg am Eschweg

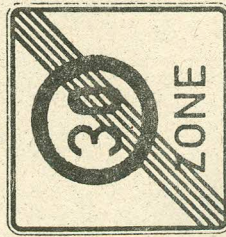
Nach einstimmiger Meinung des Rates soll 1986 ein Rad-/Fußweg parallel zum Eschweg gebaut werden. Für schwächere Verkehrsteilnehmer optimal wird er von der Fahrbahn durch einen Baumstreifen abgetrennt sein.

Der von CDU und SPD verabschiedete Haushaltsposten, der auch den Ausbau der Kiewittsheide einschließt, reicht allerdings für beides nicht aus. Die UWG wird sich dafür einsetzen, daß über einen Nachtrag genügend Geld bereitgestellt und der Radweg 1986 auch bis zur Heerstraße durchgezogen werden kann.

Verkehrsberuhigung mit Tempo 30

Kaum vorangekommen ist 1985/86 die Verkehrsberuhigung in den Gmhütter Wohngebieten - trotz vorhandenen Geldes! Entsprechende Anträge der UWG z.B. für Oesede Nord/Kiewittsheide wurden von CDU und SPD abgelehnt.

Dabei hatte der Gesetzgeber die flächendeckende Verkehrsberuhigung noch erleichtert durch die Einführung des



30 km/h - Zonenschildes. Mit dem Tempo 30 - Gebot könnte in vielen zusammenhängenden Wohngebieten, wo dies von den Anwohnern gewünscht wird, der Anfall für eine verhalteneren Fahrweise gemacht werden.

Jetzt Einengungen bei Aldi

Seit langem bekannt sind die Verkehrsgefährden für Radfahrer und Fußgänger (besonders Schüler) auf der L 95 in Höhe Aldi/Dütmann. Trotzdem wurde die vom Rat beschlossene Ampel von den Behörden nicht realisiert.

Als einstweilige Maßnahme sollen nun 2 Verkehrsinseln angelegt, die Fahrbahn für KFZ verengt und für die schwächeren Verkehrsteilnehmer leichter passierbar gemacht werden.

Da die östliche Insel näher an der Düststraße liegt, mag man nur hoffen, daß sie auch benutzt wird. Der vor Reinken für Rad-/Fußgänger-/Begegnungsverkehr vorgesehene Bord ist mit 1,30m allerdings viel zu schmal. Um ungeordnetes Kreuzen in der Stauffenberg Str. zu vermeiden, müßte dort auf der Ostseite ein Radweg markiert werden.

B 51 - Verlegung zurückgestuft Entlastungen sollen kommen

Auf Anfrage des UWG-Vorstandes erklärte der Bundesverkehrsminister am 27.11.85, daß die Verlegung der B 51 "unter den derzeitigen finanziellen Bedingungen" nicht vor dem Jahre 2000 realisiert werden könne. Endlich zwar eine positive Tendenz in der B 51 Diskussion, aber noch keine Entlastung für die jetzigen Anlieger.

Am 15.1.86 beschloß der Rat daher folgende Maßnahmen: Errichtung einer Lärmschutzwand an der Ostseite der B51 von Bolte bis K&K, Überholverbot in Oesede Süd, Ortsschildverlegung um 400 m nach Süden und Tempo 70 in Hardenberg. Als Verlegungsalternative sollen auch unverzüglich Kosten und Nutzen einer Trog-/Tunnelösung geprüft werden.

Nicht beschlossen, aber angesprochen wurden auch weitere Lärmschutzmaßnahmen für alle B 51 - Anlieger, die die Stadt finanzieren sollte, wenn der Bund hierzu nicht bereit sei.

Laßt doch der Düte Ihren Lauf!

Vor vielen Jahren wurde der natürliche Dütelauf südlich von Kloster Oesede beseitigt und begradigt. Die Ufer wurden z.T. mit Steinrüttungen befestigt, so daß mehr Kanal als natürlich Gewässerlauf entstand. Innerhalb dieser begradigten Führung haben sich mittlerweile wieder Mäand-

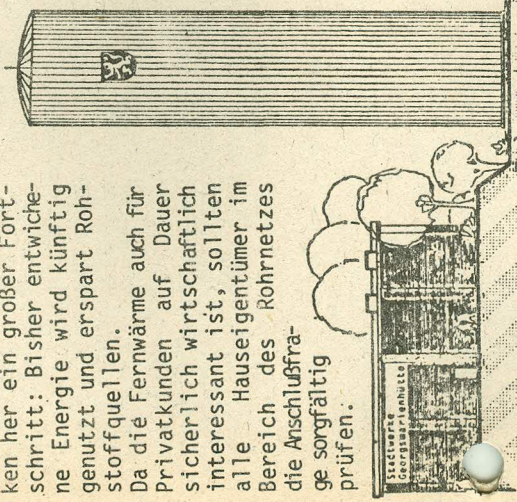
drierungen und Kolkansätze ergeben. Es ist sehr gut sichtbar, wie sich ein Gewässer selbst wieder natürliche Formen bildet, wenn man ihm nur das Erlauben gestattet.

Gerade dieses will der Unterhaltungsverband U 96 im kommenden Sommer wieder beseitigen. Die UWG wird sich aber mit aller Kraft dafür einsetzen, daß es hierzu nicht kommt und stattdessen eine Renaturierung vom Birkkamp bis zum Friedhof vorgenommen wird.

Arbeitsplätze durch Umweltschutz: Fernwärme ab Herbst 1986 einsetzbar

Die Nutzung der industriellen Abwärme der Hütte zu öffentlichen und privaten Heizwecken ist vom ökologischen Gedanken her ein großer Fortschritt: Bisher entwickelte Energie wird künftig genutzt und erspart Rohstoffquellen.

Da die Fernwärme auch für Privatkunden auf Dauer sicherlich wirtschaftlich interessant ist, sollten alle Hauseigentümer im Bereich des Rohrnetzes die Anschlussfrage sorgfältig prüfen.



Bald neue Sporthalle in Oesede-Süd

Durch den aktiven Einsatz vor allem der Eltern dürfte der Bau der neuen Sporthalle in Oesede-Süd nun erheblich früher realisiert werden. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen hat der Rat zwar noch nicht geschaffen (wie Ratsherr Lunte kürzlich versehentlich berichtete), doch dürfte dem Baubeginn

diesmal auch ohne fertigen Bebauungsplan zugestimmt werden. Es kommt nun darauf an, daß der Rat über einen Nachtrag erste Gelder bereitstellt und auch der Kreis die notwendigen Zuschüsse bewilligt.

Kein Zuschuß für Arbeitslosentreff

Zu einer nicht nur im nahen Umkreis beachteten Initiative wurde der Arbeitslosentreff der Christl. Arbeiterjugend (CAJ) "Zollstock" an der Bramscher Str. 21 in Osnabrück. Es gibt dort neben Büro mit Sozialpädagogen auch einen Freizeitraum, ein Cafe und eine Küche. Junge Leute aus dem gesamten Landkreis sind hier willkommen.

Außer durch CAJ-Eigenmittel wird der Treff durch Zuschüsse der Umlandgemeinden finanziert, außer durch Gmhütte. In der Jugend- und Sportausschußsitzung am 3.6.85 waren sowohl CDU als auch SPD gegen einen Zuschuß für diese beispielhafte Arbeitsloseninitiative.

Schulkonflikt: "lösen" durch verbaten?

In der letzten Sitzung des Schulausschusses wurde erneut keine Entscheidung über den Elternantrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Oesede getroffen. Auch ein einstimmiger Beschluß der letzten gemeinsamen Sitzung von Schulen, Eltern, Kirchen und Stadt, alle Oeseder Eltern nun umfassend zu informieren, wurde nicht ausgeführt.

Nach Meinung von Stadt und kath. Kirche kann alles beim alten bleiben, nur wäre dadurch die Existenz der ev. vom Stein-Schule gefährdet.

Viele aufgeschlossene Bürger fragen sich, warum Gemeinschaftsschulen wie in Holzhausen und Kloster Oesede nicht auch in Oesede möglich sind.

Wenn sich Kirchen und Schulen jetzt nicht in letzter Minute "zusammenraufen", um eine Lösung im Interesse der Kinder zu finden, muß es nach Meinung der UWG zu einer Elternabstimmung kommen und für deren Mehrheitsergebnis muß ein Realisierungsweg möglich gemacht werden.

AUS DEN AUSSCHÜSSEN DES RATES

Im SOZIALAUSSCHUSS geht es regelmäßig um die Situation des Krankenhauses, wiederholt auch um die ausländischen Mitbürger. Beschlossen wurde eine Erhöhung des Zuschusses für Nachmittagsplätze im Kindergärten sowie für die AWO-Sprachheilambulanz. Die Vergünstigungen für einkommensschwache Familien (5000 DM) wurden mit 275 DM (!) nur in 25 Fällen in Anspruch genommen, also nur zu 5% genutzt.

Der WERKSAUSSCHUSS befaßte sich vor allem mit dem Aufbau der Fernwärme und dem Ausbau der Wasserversorgung, wobei neue Wasserleitungen für die Straßen auf der Masch, Hohe Linde und Borgloher Straße beschlossen wurde. Ein UWG-Antrag, Besitzern gesundheitlich einwandfreier Privatbrunnen den Gebrauch des eigenen Wassers zu gestatten, fand bei CDU und SPD keine Mehrheit.

Z.B. mit der Gleichbehandlung von Sport-, Jugend- und kulturellen Vereinen beim Erhalt von Zuschüssen befaßte sich der JUGEND-UND SPORTAUSSCHUSS. Dieses Anliegen der UWG wurde allerdings beim neuen Haushalt 86 erneut nicht beachtet. Beschlossen wurden Richtlinien über die Bezuschussung von Tennisvereinen, eine Medienbank (im Haushalt nicht berücksichtigt) die Sanierung des Waldbad-Sprungturmes und bereitgestellt wurden auch 450.000 DM für den Einbau einer Großbrutsche im Schwimmbad.

In konstruktiver Zusammenarbeit wurden im UMWELTAUSSCHUSS eine Vielzahl von Initiativen beschlossen: Der Antrag auf Ausweisung einer Dütewiese an der Sutthäuser Grenze als Naturdenkmal, die ökolog. Besserung des Kasinoparkes Formaldehyduntersuchungen in städt. Gebäuden, die Einrichtung einer Zivildienstleistenden-Stelle im Umweltschutz, ein Schallimmissionsplan für's Stadtgebiet, der Ausbau des Staubekenspalsterkamp als Feuchtbiotop u.a. Auf Antrag der UWG wurden die Aufstellung eines Landschaftsplanes, die

Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung zum Grundwasserschutz sowie die Verfassung eines städtischen Umweltberichtes noch in diesem Jahr befürwortet.

Im SCHULAUSSCHUSS behandelt wurden u.a. bauliche Maßnahmen an den städt. Schulen, die Vergabe der Sporthallen für kult. Veranstaltungen, die Spannungen zwischen kommunalen und (Osnabrücker) Schulen in kirchlicher Trägerschaft und künftiger Computer-Einsatz im Unterricht.

Im Zuge der Großmarkt-Diskussionen der PLANUNGSAUSSCHUSS eine Einzelhandelsstrukturuntersuchung in Auftrag (Ob's noch was nützt?) Wieder im Gespräch ist die Bebauung an der Hagener Str./Westerkamp. Neu ebenfalls der Plan eines Parkplatzes für die Kirchengemeinde in dem jetzigen Wäldchen unterhalb des Kolpinghauses (CDU/SPD wollten hierzu nicht einmal den Umweltausschuß hören). In Vergessenheit geriet die Weiterarbeit am Stadtentwicklungskonzept. Sehr schleppend auch immer noch die Weiterplanung der am Wiesenbach geplanten Dauerkleingärten.

Der Bauausschuß befaßte sich sehr viel mit Verkehrsregelungs- und Verkehrsberuhigungsfragen (wobei wenig herauskam), bereitete den Bau des Regenrückhaltebeckens im Gartmannsbachtal, des Kunstrasenplatzes im Schulzentrum, die Renovierung der Friedhofskapelle Harderberg wie auch die Erneuerung natursteinbegrenzten Fußwegen vor. Von der UWG befürwortete Gartenabfallcontainer in den Wohngebieten wurden abgelehnt.

Vom KULTURAUSSCHUSS wurden viele Zuschüsse zu kulturellen Veranstaltungen bewilligt, Straßennahmen festgelegt und beraten u.a. über einen Zuschuß zum Umbau von Haus Ohrbeck, über das Videoangebot der Stadtbibliothek wie auch über eine Wassertrittstelle am Holzhauser Königsbach.

■ Ausschusssitzungen öffentlich - Wie lange noch ?!

In letzter Zeit habe ich mich mal häufiger zur Teilnahme an öffentlichen Ausschusssitzungen in das Rathaus gewagt. Es wird dort über viele interessante Fragen des gesamten Stadtgeschehens gesprochen, meist mit einem Beschlußvorschlag an den Rat. Wer sich die Mühe macht, hier dabei zu sein, ist immer gut informiert und kann, wenn er mal anderer Meinung ist, etwas unternehmen, bevor es der Rat beschließt.

Also, es lohnt sich, regelmäßig in den öffentlichen Bekanntmachungskästen nachzusehen. Es gibt in jedem Stadtteil einen solchen, jetzt auch in Maljen und Dröper. Dort sind Zeit, Ort und Themen jeder öffentlichen Sitzung angegeben.

Die meisten Sitzungen der Ausschüsse finden im Sitzungssaal des Rathauses (1.Stock) statt, die des gesamten Rates in der Realschule. Man kann jeweils auf Zuschauerplätzen Platz nehmen. In der Regel beginnen Sitzungen um 17.00 Uhr und dauern ca. 2 Stunden. Der neue Rat kann übrigens darüber bestimmen, ob der Rat grundsätzlich öffentlich bleibt, oder ob die Kulissen künftig zugezogen werden. Fragen Sie doch mal "Ihren" Ratsvertreter, wie er dann abstimmen wird!

Rene Krekelaar

■ Sitzungstermine

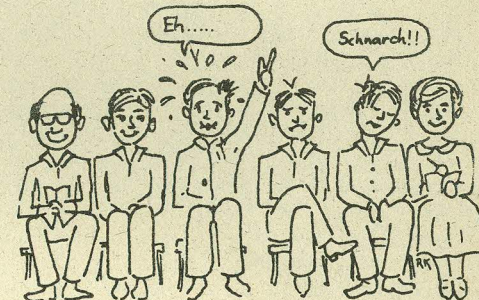
Montag	05.05.'86	Bauausschuß
Montag	12.05.	Planungsausschuß
Mittwoch	14.05.	Umweltausschuß
Montag	26.05.	Werksausschuß
Mittwoch	28.05.	Kulturausschuß
Montag	02.06.'86	Finanzausschuß
Montag	09.06.	Sozialausschuß
Mittwoch	11.06.	Planungsausschuß
Montag	16.06.	Bauausschuß
Montag	23.06.	Jugend + Sport
Mittwoch	25.06.	ÖFFENTL. RATSSITZUNG
Montag	30.06.	Schulausschuß
Montag	18.08.'86	Werksausschuß
Mittwoch	20.08.	Bauausschuß
Montag	25.08.	Planungsausschuß
Donnerstag	28.08.	Jugend + Sport

Montag	01.09.'86	Bauausschuß
Mittwoch	03.09.	Finanzausschuß
Montag	08.09.	Umweltausschuß
Montag	15.09.	Sozialausschuß
Mittwoch	17.09.	Finanzausschuß
Donnerstag	18.09.	Planungsausschuß
Montag	22.09.	Schulausschuß
Dienstag	30.09.	Kulturausschuß

Mittwoch	01.10.	ÖFFENTL. RATSSITZUNG
Sonntag	05.10.	Neuwahl des Rates

Neu nach jeder Ratssitzung: Bürger können Fragen stellen

Nach langem Tauziehen und fast einem Jahr Beratungszeit fand der UWG-Antrag zur Einführung einer Bürgerfragemöglichkeit nach jeder öffentlichen Ratssitzung eine Mehrheit. Seither kann jedermann nach Ende einer Sitzung kommunalpolitische Fragen an Rat und Verwaltung richten. Mit etwa ein bis drei Fragern pro Abend war die Inanspruchnahme bisher noch mäßig.



■ Selbsthilfe

Mit dem Ziel einer verbesserten Wahlgerechtigkeit führten CDU/FDP in Bonn im vergangenen Jahr das Stimmentzählungsverfahren Haare/Niemeyer für Bundestagswahlen ein (Dieses System räumt gegenüber dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren kleineren Parteien eine gerechtere Rolle ein). Unter angeblich derselben Zielsetzung führte die CDU-Niedersachsen kurz vor den Kommunalwahlen das für die größeren Parteien erfolgversprechendere Alt-System d'Hondt wieder ein. Offenbar existiert bei den Christdemokraten eine doppelte Moral ...

Verlegung von Galen Straße: Falsch - "Informationen" der SPD

"UWG operiert mit falschen Zahlen und stellt unrichtige Behauptungen auf" - so kommentierte die SPD die Haltung der UWG zur Verlegung der von Galen Straße in Holzhausen/Malbergen. Die SPD hätte sich besser objektiv informieren sollen, statt unüberlegt Aussagen der Rolfes-Verwaltung nachzubeten und Umweltschutzbemühungen derartig in den Rücken zu fallen:

1. Die SPD bestreitet den UWG-Vorwurf, für die Verlegung habe keine verbindliche Bürgerbeteiligung stattgefunden. Sie irrt, denn es wurde kein Bebauungsplanverfahren durchgeführt.
2. Die SPD sagt, Behauptungen der UWG seien häufig falsch. Sie bringt dafür aber nur das eine obige (falsche) "Beispiel".
3. Gegenüber einem verkehrsgerechten Ausbau der alten Straße mit Radweg erforderte der Neubau nicht 1800m², wie die SPD aus der Verwaltung aufgeschnappt hat, sondern 8200m² Bodenmehrbedarf.
4. wird bestritten, durch Aus- statt Neubau seien ca. 1 Mio. DM zu sparen gewesen. Die UWG-Berechnung bezieht sich aber auf die Kosten der parallel ausgebauten Wellendorfer Straße, die ähnlich schlecht war. Will die SPD behaupten, der Kreis habe dort nicht fachgerecht gearbeitet?
5. Traurig, daß die SPD kein Wort der Kritik fand an der massiven Ungleichbehandlung der Malberger Grundverkäufer, an der gegen die sozialen Kriterien des Rates erfolgte Baugrundvergabe und an der Gebührenstundung entgegen dem Erschließungsrecht.

Die SPD muß sich fragen lassen, was lange öffentliche Erklärungen zum Umweltschutz nützen, wenn sie wie bei der von Galen Str. oder auch A 33 nicht bereit ist, entsprechend zu handeln. Ob neben der Inkonsequenz auch Falschinformation des Bürgers zum Repertoire des "politischen Anstand" zumindestens in der SPD ein Ende hätte.

Heinrich Bartelt

Verbesserungen im Busverkehr nötig

Nach dem guten Erfolg des Versuchs mit dem "Umweltabo" bei den Stadtwerken in Osnabrück hat die UWG den Antrag gestellt, diese im Preis halbierte und übertragbare Zeitkarte auch für den Überlandverkehr einzusetzen. Demnach müßte es möglich werden, mit einer solchen Karte regelmäßig zwischen den Umlandgemeinden und auch innerhalb Osnabrücks mit dem Bus verkehren zu können. Solch ein "Umweltabo" wäre geeignet, endlich einen akzeptablen Ausweg aus den Umweltbelastungen durch den privaten Autoverkehr bieten zu können.

Zur Attraktivierung der Busse müßten auch viele Einzelfahrscheinpreise geprüft, Feiertagsverkehr aufrechterhalten und Kinderwagengebühren abgeschafft werden.

Neue Kreuzung Hindenburg-/Parkstr.: Hunderttausende für die Katz!

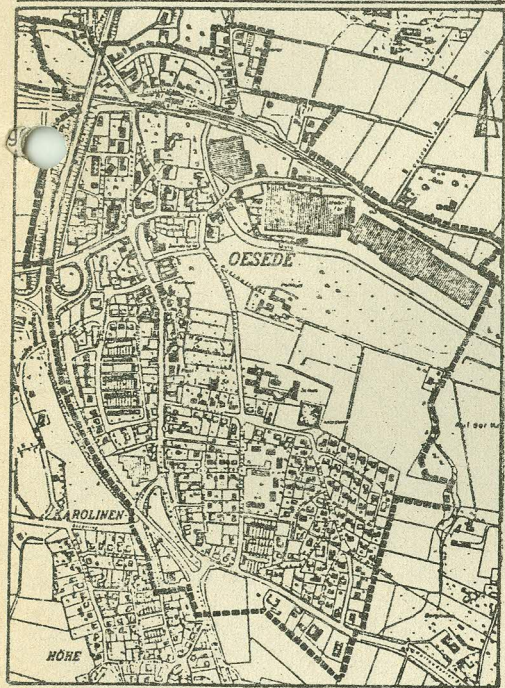
Über 2 Jahre hatten Schulen, Eltern, viele Bürger und auch die UWG gewarnt vor einer Vorfahrtsänderung auf der bis da relativ ungefährlichen Kreuzung Hindenburgstr./Haseldehnen/Parkstr. Obwohl man mit wenig Mitteln sicherere Rad-/Fuß(über)wege hätte anlegen können, hielten CDU/SPD an einer autogerechten Ost-/Westachse fest. Als Trostpflaster versprach man den besorgten Bürgern eine Ampel. Mit wehenden Fahnen wurden dafür 450.000 DM ver(sch)wendet. Denn: Kaum war die Kreuzung fertig, hagelte es nur so von Unfällen, die bisher glücklicherweise "nur" mit Blechschaden endeten. Zu spät wurde erkannt, daß auch eine Ampel den Fußgängern nützte, als im vergangenen Winter Autos von der abschüssigen und schnee-glatten Fahrbahn reihenweise auf die neue Vorfahrtsstraße rutschten.

Interessant dann, wie jetzt plötzlich einige vormals glühendste Verfechter der Neuregelung zu lauten Befürwortern einer Änderung wurden. Plötzlich waren nun die Planer an allem schuld und nicht mehr diejenigen, die im Rat dafür die Hand gehoben hatten ...

Für weitere ca. 10.000 DM wurden am 2.4. einige optische Änderungen beschlossen. Diese dürften aber ohne eine Wiedereinführung der alten Vorfahrt (mit entspre-

chendem Umbau) kaum etwas bringen. Die Gefahren werden ohnehin noch erheblich zunehmen, wenn der Verkehr von Süden dadurch ansteigt, daß Vege-Dütmann in den Steinbruch überwechselt und dann z.B. eine Schlange von wartenden Linksabbiegern entsteht.

Sanierung jetzt auch in Oesede ?



Etwa 50 Oeseder kamen am 10.4. zu der Bürgerversammlung in die Realschule. Nachdem die Pläne für eine Sanierung im oben markierten Bereich vorgestellt waren (Auslagerung/Erweiterung von Gewerbebetrieben, Verkehrsberuhigung, Gebäudemodernisierung) ging es um rechtliche und finanzielle Chancen und Belastungen für die Bürger.

Da nach Abschluß der Sanierung Ausgleichsbeträge von ca. 5 - 35 DM auf die Eigentümer zukommen und die Mieten steigen können, sollte sich jeder rechtzeitig informieren und seine Meinung dazu sagen.

Anfang Mai wird die Stadt dazu auch einen Bürgersprechttag durchführen.

CDU führt Gebühren für verlorene Widersprüche ein:

Entmutigung für finanziell Schwache

Die Veranlagung zu Erschließungsgebühren hat in den vergangenen Jahren zu vielen Widersprüchen geführt. Konfliktpunkte waren u. a. die Doppelveranlagung von Grundstücken mit Zweiterrechnung von Eigenleistungen, Spannungen zwischen Alt- und Neubauten, nicht korrekte Bescheide und sogar offensichtliche Ungleichbehandlung.

So wurde in mehreren Fällen allen Betroffenen zustehende Abschläge nicht denen gewährt, die nicht Widerspruch eingelegt hatten (Ortskern Oesede-West) bzw. die früher abgerechnet worden waren (Harderberg-Süd). In zwei Fällen wurde mit Zustimmung der Stadtverwaltung gegen Stundungsvorschriften verstoßen, während sie mehrfach dort, wo Härteentscheidungen zugunsten von Betroffenen geboten waren, dies verhinderte.

Im vergangenen Sommer versuchte die Stadtverwaltung der Widerspruchsflut (die nach Auffassung der UWG auf ein nicht mehr stimmiges Erschließungsrecht hinweist), durch Einführung von Gebühren einzudämmen. Dies stieß auf breiten Widerspruch im Rat.

Ein (von der SPD unterstützter) UWG-Antrag, weiterhin auch im Ablehnungsfall keine Widerspruchsgebühren zu erheben, wurde von der CDU wegen Unstimmigkeiten in den eigenen Reihen wiederholt im Rat abgesetzt und am 17.3. schließlich abgelehnt. Die CDU beschloß dagegen, daß die Betroffenen künftig vorab über die Beitragszahlung informiert werden und daß die "wesentlichen" Aussagen evtl. Widersprüche dem Rat vorgelegt werden müssen.

Die Verwaltung behält sich also vor, zu beurteilen, welche Aussagen der Bürger sie für "wesentlich" genug zur Vorlage an den (entscheidenden) Rat hält. Die rechtlich notwendige Gebühreneinführung durch die CDU wird finanziell weniger gut gestellte Menschen entmutigen, sich für die eigenen Rechte einzusetzen.

■ Teckelhagen zerstört

Wie viele Bürger sicher schon bemerkt haben, ist das schöne Naherholungsgebiet Teckelhagen nach jahrelangen Auseinandersetzungen den Baumaschinen zum Opfer gefallen.

Irreführung des Rates durch den Bürgermeister bei der Aufstellung des Bebauungsplanes, die Verquickung mit seinen Privatgeschäften, Nichtbeachtung der Hinweise der Kreisnaturschutzbeauftragten - eine wirklich saubere Politik der Gmhütter CDU!

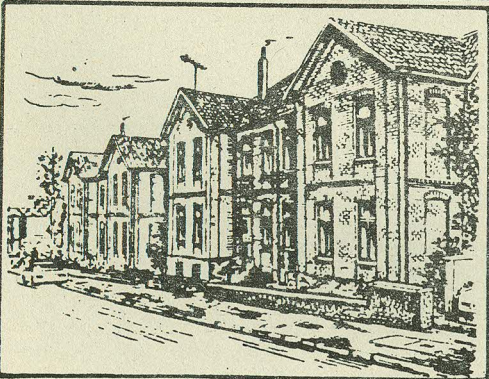
Als persönlich betroffener angesprochen von vielen Bürgern versuchte ich auch in eigener Sache, das schöne Gebiet zu erhalten und den unrechtmäßigen Bebauungsplan rückgängig zu machen. Die Klage wurde aber nicht zugelassen. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei den Bürgern bedanken, die durch ihre Unterstützung versucht haben, dem Treiben ein Ende zu setzen.

Nachsatz bzw. Fortsetzung:

Erster Bauherr ist der neue Stadtdirektor Janning. Gegen den Beschluß des Rates und die Auflage des Kreises wartete er nicht einmal bis zum Bau des Regenrückhaltebeckens am Forsthaus.

Helmut Westerbusch

Nach langem Ringen: Baudenkmal gerettet - Kulturzentrum entsteht!



Nach langem Hin und Her ist es nun klar: Alle vier Hüttenstein-Häuser am Kasino sollen erhalten und renoviert werden. Nach den Berichten in unseren letzten UWG-Nachrichten und in der NOZ

fand sich eine ganze Zahl von Nutzungsinteressenten. Besondere Beachtung fand der Rettungsversuch des Heimatbundes Osnabrück-Land.

Es hat sich mittlerweile ein Arbeitskreis gegründet, der ein Nutzungskonzept erstellen soll. Einigkeit besteht zwischen allen Fraktionen darüber, daß hier ein Anziehungspunkt für die Bevölkerung entstehen soll mit den Schwerpunkten Kultur-Kunst-Bildung-Soziales. Das ganze könnte auch aufgelockert werden durch gastronomische Angebote. Eine gegenseitige Aufwertung ist sicherlich auch zu erreichen durch Einbeziehung der umliegenden öffentlichen und privaten Angebote, besonders des Kasinos.

An alle Nutzungsinteressenten werden demnächst Fragebogen versandt, mit denen Gestaltungsvorschläge und Eigenbeteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt werden sollen.

■ Tegeler verzögert Tennenplatz

Am 9.5.84 faßte der Jugend- und Sportausschuß den einstimmigen Beschluß, den neuen Holzhauser Sportplatz "Auf dem Volke" zwischen Halbmond und Hüttenbahn anzulegen (am 23.4. vom Verwaltungsausschuß einstimmig genehmigt). Vorteil gegenüber allen anderen Standorten ist hier, daß wegen Turnhallen- und Vereinslokalnähe auf den Bau von Sanitärräumen verzichtet werden kann.

Im Haushalt 86 wurden von CDU und SPD 250.000 DM für den Platz bereitgestellt (UWG-Vorschlag: 450.000 DM). Obwohl die Verwaltung versprach, sobald Geld da sei, die Grundverhandlungen durchzuführen, ist nun immer noch nichts zu sehen! Im Gegenteil: Hinter dem Rücken des Rates wurde mit Besitzern anderer Flächen am Ortsausgang (zwischen Dransmann und Tegeler) verhandelt. Grund: Interventionen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Tegeler, der sich aus verschiedenen Gründen als einziger der Holzhauser Ratsmitglieder gegen die vom Rat bevorzugten Flächen einsetzt (u.a. Besitzer Meyer zu Westrup).

Das verdeckte Vorgehen Tegelers ist um so erstaunlicher, als er schon vor der letzten Wahl mit bekannt großem Wort dem BSV versprach, "in 2 Jahren" werde der Tennenplatz da sein ...

■ UWG traf Stadtjugendring

Um Fragen der Jugendringsarbeit, der Bezuschussung der Jugendverbände sowie der Notwendigkeit weiterer Veranstaltungsräumlichkeiten ging es bei einem Gespräch zwischen Stadtjugendringvorstand und UWG. Es wurde deutlich, daß die Verbände im vergangenen Jahr wieder mehr Veranstaltungen durchgeführt hätten und der städtische Bezuschussungsetat nicht ausgereicht habe. Ein neuer Bedarf bestünde auch auf dem Gebiet jugendkultureller Angebote. Es bestehe auch sehr viel Interesse, gemeinsam mit anderen Verbänden aus dem Bereich zu renovierenden Klöcknerhäusern ein breitgefächertes kulturelles Zentrum zu gestalten. Der Jugendringvorstand sprach die Bitte an den Rat aus, die Kommunalpolitik offener und verständlicher zu gestalten, z.B. auch durch Informationsangebote für den Gemeinschaftskundeunterricht der Schulen.

Anzeigen

Wir suchen Menschen in Gmhütte (Bereich Holzhausen/Ohrbeck und Nähe), die
- in eine kleine Lebensmittelkooperative einsteigen und/oder
- mit uns gemeinsam die Holzbeschaffung zum Heizen organisieren und/oder
- mit uns Obst in einer Presse verarbeiten wollen/können.

Wir suchen eine verbindliche, freundschaftliche Zusammenarbeit.

Pit und Els Schlömann
Am Boberg 26
Tel.: 30968

Habe regelmäßig noch einige Eier von draußen frei laufende Hühnern abzugeben.
Elfriede Korittke
Oeseder Straße 40
Tel.: 40762

Wellblechplatten, auch alte, gesucht.
Tel.: 05401/30968

Wer möchte gemeinsam mit uns Milch direkt vom Bauernhof beziehen?
Tel.: 05401/45254

Anzeigen

■ Kein offener Jugendraum in Kloster Oesede

Viel Aufregung gab es in Kl. Oesede, als 60-70 Jugendliche auf ihre Art die Silvesternacht "feierten" und ein Schlachtfeld zurückließen. Als möglicher Hintergrund ist zu beachten, daß der Kirchenvorstand unter Pfarrer Schönhoff in den letzten Jahren viele Vorschläge für eine offene Jugendarbeit immer wieder abblockte. Und das, obwohl 50.000 DM zum Bau des Jugendheimes von der Stadt ausdrücklich nur mit der Auflage beigesteuert waren, auch nichtkirchlichen Jugendlichen den Zutritt zu ermöglichen. Auch als die UWG im Rat auf die Nichteinhaltung der Zuschußvoraussetzung durch die Kirche hinwies, wollte die Ratsmehrheit nichts unternehmen. Dabei hatten auch viele Eltern per Dauerauftrag für das Haus gespendet. Eine Aussortierung in willkommene und nichtwillkommene Jugendliche - wie vom Pfarrer sogar auch bei kirchlichen Jugendlichen vorgenommen - hatten sie sich damals sicher nicht vorgestellt. So ist die Zahl der ehemals ca. 350 aktiven Jugendlichen Hausbesucher bis heute radikal zurückgegangen. Den aufmerksamen Beobachter kann es also nicht wundern, wenn Jugendliche in Kl. Oesede ihre eigenen Wege gehen, die jedenfalls Silvester natürlich nicht in Ordnung waren. Wenn es jetzt nicht gelingt, daß aus Geldern aller Bürger geförderte Jugendheim auch allen Jugendlichen zu öffnen, bzw. andere Räumlichkeiten bereitzustellen, braucht sich niemand zu wundern, wenn es eine "Neuaufgabe" jener Sylvesternacht geben sollte. In einem kürzlich geführten Gespräch zwischen Vertretern der Stadt und der Kloster Oeseder Jugendverbände bestätigte sich erneut der Eindruck, daß die Kirchengemeinde nicht zu einer offenen Jugendarbeit bereit ist. Auch aus diesem Grunde will die Stadt einen Sozialarbeiter (ABM) anstellen, der Straßentreffs Jugendlicher aufsuchen soll.

Johannes Bartelt

■ Wußten Sie schon daß ...

...BM Siepelmeyer sich weigerte, dem Gewinner des Gmhütter Umweltfotowettbewerbs zu gratulieren, der die Naturzerstörung durch die A 33 dargestellt hatte?

...ein Celler Landwirt, der Silosaft in das Erdreich versickern ließ, eine Geld strafe von 1000 DM erhielt?

...die Straßen Sieben Quellen/Teckelshagen, Am Ehrenmal bei Goltermann, Auf der Masch, Auf Königskamp, Zum Klee und Im Westrup 1986 eine neue Teerdecke erhalten?

...bei über 100 Gmhütter Privatbrunnen der Nitratgehalt über der Schadstoffgrenze von 50 mg/l liegt und deshalb geplant ist, die Straßen Ohrbecker Weg/Im Westrup, Harderbg. Weg, Malberger Str., Am Breenbach, Lindenbreite, Dütensundern/Düteweg, Am Piepenbrink und Bauerschaft Holsten-Mündrup in den nächsten Jahren an das öffentliche Wassernetz anzuschließen?

...die Hauptwindrichtung Südwest stickige Luft vom Kohlekraftwerk Ibbenbüren bringt?

...noch immer keine Beschlüsse erfolgt sind zur weiteren Verkehrsberuhigung zwischen Kiewittsheide, Rotdorn- und Dorfstraße?

...die Poststelle in Holsten Mündrup geschlossen wird, wenn sie nicht stärker genutzt wird?

...Anzeige gegen einen Kloster Oeseder Bürger erstattet wurde, der am neuen Baugebiet Hohe Linde über 20 stämmige Hochbäume (Stadtbesitz) fällte?

...in den vergangenen 2 Jahren ca. 60 Bürger von dem städt. Angebot "Gratisbaum im Vorgarten" Gebrauch gemacht haben?

...in den letzten 5 Jahren ca. 440.000 neue Arbeitsplätze durch Umweltschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen worden sind?

...das Gebiet "Harderburg" im vergangenen Jahr unter Naturschutz gestellt wurde?

...auf Beschluß des VA eine Fahrt von Rat und Verwaltung samt Ehepartnern zu den Atomkraftwerksanlagen bei Lingen und zur Trans-Rapid-Strecke unternommen werden soll?

...das erste "Grasdach" in Gmh. (Metallbau Schröder, Beekebreite) hauptsächlich aus Gründen der Wärmeisolierung angelegt wurde?

▶ UWG - weiterhin jederzeit für Sie ansprechbar und aktiv ▶

Am 5.5. wird die UWG 5 Jahre alt. Wir hatten uns vorgenommen, frischen Wind ins Rathaus zu bringen, mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen, das Umweltbewußtsein von CDU/SPD zu schärfen und Kungeleien im Rathaus zu bekämpfen. Was meinen Sie, ist uns davon etwas gelungen?

Vielleicht konnten wir bei manchen Entscheidungen des Rates doch den Akzent zum Positiveren verschieben. Und häufig haben wir wohl angesprochen, was andere nur denken mochten.

Auf unsere Sachargumente wurde vielfach nicht geantwortet und stattdessen mit billiger Polemik ausgewichen. Das ganze hat uns nicht geschadet, im Gegenteil: Wir haben viel hinzugelernt, natürlich auch durch eigene Fehler.

Mit den dazugewonnenen Erfahrungen und einem erneuerten Programm werden wir uns am 5.10. erneut den Gmhütern Wählern stellen. Dabei hoffen wir, über 81'er Ergebnis von 8,8% noch zu verbessern. Wenn sich entsprechende Mehrheiten ergeben, werden wir mit anderen zusammenarbeiten und zwar mit denen, die unserem Programm am nächsten stehen.

Wir freuen uns über jeden, dem wir helfen können genauso wie über jeden, der bei uns mitmacht oder auch nur unsere Versammlungen besucht.

Hier zwei unserer Ansprechpartner:

UWG-Vorstand

Wolfgang Springmeier
Brunnenstraße 3
Tel.: 2251

UWG-Fraktion

Heinrich Bartelt
Auf der Insel 2
Tel.: 45254